

# Zwischen Skepsis und Zustimmung

## Heimische Wirtschaft kritisiert Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse und lobt Investition in Bildung

**KREIS CUXHAVEN.** Begeisterung geht anders: „Wir sind aus Arbeitgebersicht enttäuscht über die Ergebnisse der Einigung von Union und SPD“, betont Markus Heinig, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Cuxhaven (UVC), der rund 180 Betriebe aus allen Wirtschaftszweigen im Landkreis Cuxhaven vertritt. Heinig meint, der GroKo-Vertrag trage eine starke sozialdemokratische Handschrift. „Die SPD hat offenbar stark verhandelt.“ Neben negativen gebe aber auch positive Ansätze.

Aus Sicht des UVC sei der Wegfall der sachgrundlosen Befristung



**Markus Heinig**

Krankenversicherungsbeiträge für die Arbeitgeberseite. Heinig: „Je höher die Lohnkosten, desto schlechter stehen die Betriebe im Wettbewerb da.“ Kritisch zu sehen sei insgesamt auch die Ten-

denz zur Verkürzung der Arbeitszeiten – insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Branchen inzwischen einen Mangel an Fachkräften beklagen. Für die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Zukunft der Rente vermisst Heinig plausible Lösungsansätze im Koalitionsvertrag. Diese Themen seien nicht zur Genüge berücksichtigt worden.

denz zur Verkürzung der Arbeitszeiten – insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Branchen inzwischen einen Mangel an Fachkräften beklagen. Für die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Zukunft der Rente vermisst Heinig plausible Lösungsansätze im Koalitionsvertrag. Diese Themen seien nicht zur Genüge berücksichtigt worden.

Der UVC-Geschäftsführer sieht dennoch auch „positive Dinge“: die Aussicht auf eine handlungsfähige Regierung, 6000 neue Jobs in der Justiz oder auch die Absenkung des Arbeitslosenversiche-

rungsbeitrags. Außerdem solle in den Bildungsbereich investiert werden. Das sei nicht zuletzt aus ökonomischer Perspektive besonders wichtig. Zu begrüßen sei aus Arbeitgebersicht der Ausbau der Kinderbetreuung, Frauen könnten so leichter in Vollzeittätigkeiten gehen. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Sicherung des Fachkräftebedarfs sei es unabdingbar, die Zuwanderung neu zu regeln.

Heinig: „Wir brauchen nach dem Vorbild von Kanada ein Einwanderungsmodell, um zielgerichtet Kräfte aus dem Ausland anzuwerben.“ (fw)